

Pressespiegel vom 12. November 2021

Swr online

ver.di plant für Montag Streik im privaten Omnibusgewerbe

Vor der nächsten Verhandlungsrunde im Bustarikonflikt erhöht ver.di den Druck. Die Gewerkschaft setzt erneut einen Streiktag an. Sie hofft, die Arbeitgeber zu einem Abschluss bewegen zu können.

Der Tarifkonflikt des privaten Omnibusgewerbes in Baden-Württemberg spitzt sich weiter zu. Für kommenden Montag kündigte die Gewerkschaft ver.di einen landesweiten Streiktag an. Die Verhandlungsführerin bei ver.di, Hanna Binder, sagte, acht Monate zähe Verhandlungen für eine Selbstverständlichkeit wie die angemessene Bezahlung von Standzeiten müssten jetzt ein Ende haben. Am Dienstag werden die Verhandlungen in elfter Runde fortgesetzt.

"Wir wollen, dass Montag der letzte Streiktag ist. Dafür müssen sich die Arbeitgeber endlich den entscheidenden Ruck geben."

Hanna Binder, Verhandlungsführerin bei ver.di

Kritik an Landesregierung wegen fehlender Finanzierung

ver.di kritisiert Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), den ÖPNV mit zu wenig Mitteln zu finanzieren. "Wer bestellt, muss auch zahlen. Die von der Politik angestrebte und absolut richtige Verdoppelung des ÖPNV bis 2030 wird nur gelingen, wenn dafür ausreichend Fahrerinnen und Fahrer gewonnen werden", sagte Binder. Die derzeitigen Arbeitsbedingungen hätten bereits jetzt zu einer erheblichen Lücke bei den Fachkräften geführt. "Wir fordern die Landesregierung auf, den ÖPNV so ausreichend zu finanzieren, dass gute Arbeit möglich ist", so Binder.

Auch der Verband Baden-Württembergischer **Omnibusunternehmer (WBO)** kritisierte das Vorgehen der Gewerkschaft. Die Vize-Chefin des WBO, Yvonne Hüneburg, sagte: "Die Arbeitgeber bewegen sich in dieser Tarifrunde schon kontinuierlich. Wir haben immer wieder Angebote gemacht, die Arbeitgeber bezahlen heute schon Pausen und sind auch bereit, hier noch weitere Pausen an das Fahrpersonal zu bezahlen - aber alles im Rahmen des wirtschaftlich Verträglichen." Die Unternehmen seien nach wie vor in einer coronabedingt schwierigen Lage.

ver.di-Mitglieder in BW stimmten für Arbeitskampf

In der Vergangenheit hatte es immer wieder Streiks gegeben, auch mehrtägige Aktionen. Ver.di hatte Anfang Juli den Weg für einen unbefristeten Arbeitskampf frei gemacht. In einer Urabstimmung hatten 97,9 Prozent der beteiligten Mitglieder für mögliche Arbeitskampfmaßnahmen gestimmt.

Im Tarifstreit geht es unter anderem um Pausenregelungen sowie Nacht- und Sonntagszuschläge. Der Ausgang der Verhandlungen hat Auswirkungen auf rund 9.000 Busfahrerinnen und Busfahrer in Baden-Württemberg.